Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 4

Artikel: Zentralkonferenz der SP-Frauen über die "Schweiz ohne Armee" : die SP-Frauen und die Armee

Autor: Hüsler, Lucie

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340732

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

band, Landeskonferenz der militärischen Dachverbände, Verband der Sektionschefs, Luftschutz-Offiziersgesellschaft (Zentralpräsident Oberst Werner Hungerbühler in Muttenz BL! Seit wann darf eigentlich ein Oberst als Oberst gegen eine Vorlage des EMD mit Briefen an die parlamentarische Kommission Sturm laufen? Wehe, wenn das ein Soldat getan hätte!).
Sollen wir auf die bundesrätliche «Zivildienst»vorlage eintreten, weil die militärischen Verbände aus ganz andern Gründen Nichteintreten fordern? Wir sind sicher, das jedefrau und jedermann den Unterschied sieht und spürt:
8. Wir sind einem Zivildienst für Militärdienstverweigerer verpflichtet, der der internationalen Solidarität oder konkreter ausgedrückt, der menschlichen, sozialen und politischen Konfliktlösung dient. Er war nie nur als Ersatzdienst, sondern immer als eigenständiger Friedensdienst vorgeschlagen – in der Linie unserer Aussenpolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Katastrophenhilfe, Rotes Kreuz, Flüchtlingshilfe und Menschenrechte).
Weil wir *diesem* Zivildienst verbunden bleiben, sagen wir zur vorgeschlagenen Gesetzesrevision nein.
Mit grosser Freude erinnere ich mich an meine eigenen freiwillig geleisteten Zivildienste im Berner Oberland, in Chandolin und im Goms, in zahlreichen Ortschaften des Kantons Graubünden, aber auch in Frankreich, Griechenland und Nordafrika.

Zentralkonferenz der SP-Frauen über die «Schweiz ohne Armee»

Die SP-Frauen und die Armee

Von Lucie Hüsler

Am 18. März hielten die SP-Frauen in Basel ihre Zentralkonferenz ab. Die Tagung war dem Thema «Schweiz ohne Armee» gewidmet.
Die Frauen fassten keine Parole, machten aber eine Konsultativabstimmung, bei der die Parole Stimmfreigabe 62, die Ja-Parole 60 Stimmen erhielt. Zum Anfang der Tagung äusserte sich auch die scheidende Zentralpräsidentin zum Thema.
Wir publizieren hier ihre Ausführungen.

Als die zentrale Frauenkommission beschloss, die Initiative «Schweiz ohne Armee» zum Thema der Zentralkonferenz zu erklären, war ich begeistert: Da bot sich ein Thema, bei dem Frau auf demokratische Rechte, auf Toleranz gegenüber Minderheiten (die in Wahrheit die Mehrheit sind), auf die Gleichwertigkeit von sachlichen und emotionalen Argumenten usw. pochen konnte.
Inzwischen habe ich mir einige Gedanken zum Thema gemacht und vor allem den bisherigen Verlauf der Diskussionen dazu innerhalb und ausserhalb unserer Partei verfolgt. Dabei ist meine anfängliche Begeisterung geschwunden und hat der Überzeugung Platz gemacht, dass wir versuchen müssen, uns aus dieser bis jetzt sehr unerfreulichen, von gewissen Bürgerlichen auch auf sehr tiefem Niveau geführten Auseinandersetzung (sprich Machtkampf) herauszuhalten. Herauszuhalten in dem Sinn, als wir versuchen müssen, uns auf schlichte Informationstätigkeit zu beschränken. Alles andere würde bedeuten, der Initiative mehr Gewicht zuzubilligen, als sie in Wirklichkeit hat:
Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird nach dem 26. November 1989 die heilige Kuh nicht geschlachtet. Angesichts der weltweiten Umweltbedrohung gibt es heute auch wichtigere Probleme als Armeefragen.
Anderseits ist die Initiative ein Prüfstein für das Funktionieren unserer Demokratie. Wenn diese wirklich ihren Namen verdient, dann erreichen wir vielleicht, dass die heilige Kuh zum gewöhnlichen Nutztier wird, das heisst von der religiösen auf die sachliche Ebene heruntergeholt wird.
Doch auch hier müssen wir uns fragen, ob wir SP-Frauen als Minderheit in einer Minderheitenpartei es auf uns nehmen wollen, uns beispielsweise als naive Weltverbesserinnen oder als skrupellose Landesverräterinnen abstempeln zu lassen. Vor dieses realistische Risiko gestellt, begeistert mich dann das Thema wieder. Bis heute haben uns Frauen und uns Sozialdemokraten unbequeme Themen auf dem Weg zu einer gerechteren und menschlicheren Gesellschaft weitergebracht. Diesen Weg müssen wir auch weiterverfolgen. Wenn es uns gelingt darzulegen, dass es zum Thema Armee verschiedene vertretbare Meinungen und keine alleinseligmachende gibt, bedeutet dies auch einen wichtigen Schritt auf der Suche nach neuen Formen der Konfliktbewältigung. Dass Armeegegner und Armeebefürworter einander zuhören und einander achten könnten, wäre ein noch nie dagewesener Erfolg.

Für uns Frauen bzw. für emanzipierte Menschen dürfte es auch interessant sein, die Armeefrage aus der Sicht der traditionellen Rollenverteilung zu beleuchten: Frauen werden zu Friedfertigkeit erzogen, zu Lebensbewahrerinnen mystifiziert usw., Eigenschaften, die nur solang als positiv gelten, als sie zur Erhaltung bestehender Machtverhältnisse dienen, die aber als weltfremd und naiv abqualifizirt werden, sobald dadurch eben diese Machtverhältnisse in Frage gestellt werden könnten. Womit wir wiederum bei den doppelbödigen traditionellen Fragen angelangt wären.
Eine davon wäre die, warum Frauen als «Lebensbewahrerinnen» ihre Partner und Söhne nicht zu mehr Friedfertigkeit anhalten dürfen oder wollen.
Frauen waren bis zum heutigen Tag immer auch die Betroffenen der Kriegsspiele der Männer. Es ist an der Zeit, dass sie sich Gedanken darüber machen, ob sie diese Spiele weiterhin unterstützen wollen, und sei es nur durch Steuernzahlen. Die Militarisierung der Gesellschaft zum Beispiel durch Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung muss auf jeden Fall gestoppt werden. Unsere heutigen Diskussionen sind ein Beitrag dazu. Mehr nicht. Wir wollen Informationen aneinanderreihen, die es jeder von uns ermöglichen, ohne Angst einen demokratischen Entscheid zu fällen.

Die EG 1992 und der öffentliche Haushalt

Für den finanzpolitischen Frieden mit dem Bund

Eine Rede von Bundesrat Otto Stich

Finanzpolitik im Spannungsfeld zwischen Haushalts- und europapolitischen Zielsetzungen

Beim Ausbau der Europäischen Gemeinschaften tauchen unverkennbar ähnliche Probleme auf, wie sie bei der Schaffung des schweizerischen Bundesstaates zu bewältigen waren. Die Gemeinschaften befinden sich in einer dynamischen Phase. Ihre bisherige Entwicklung ist wohl so weit fortgeschritten, dass sie irreversibel ist. Anderseits befinden sie sich noch so weit von ihrem Ziel entfernt, dass sie sich nicht mit dem bereits Erreichten zufriedengeben können.
Die Schweiz ist heute innerstaatlich weiter fortgeschritten. Sie steht staatsrechtlich gesehen unter weniger Innovationsdruck. Vom Wirtschaftlichen abgesehen befindet sie sich eher in einer Stagnationsphase, in der die innenpolitischen Kräfte sich oft gegenseitig blockieren. Man kann sich die Frage stellen, ob sie keine Innovationen mehr braucht oder ob sie dazu nicht mehr fähig ist.
Da die Wege der Gemeinschaften und unseres Bundesstaates sich stärker zu durchdringen scheinen, ist es mehr als nur ein Gedankenspiel, darüber nachzudenken, wie die beiden Gebilde sich stärker durchmischen könnten, ohne dass der kleinere Partner seine Identität verliert, aber auch nicht zum Anachronismus wird.

Die drei Freiheiten des Handels

Die drei Freiheiten des Handels mit Waren und Dienstleistungen, des Kapitalverkehrs und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte sind in der Schweiz innerstaatlich längst verwirklicht. Das entschiedene Abstellen auf die Freiheiten liess es als überflüssig erscheinen, eine Unzahl kantonaler Rechtsregelungen zu harmonisieren. Das Setzen auf die Freiheiten bewahrte die Schweiz davor, z.B. die kantonalen oder städtischen Zunftordnungen harmonisieren zu müssen.
Obschon den Kantonen mit der Schaffung der Währungseinheit das Recht entzogen wurde, eigene Banknoten auszugeben, sind ihre Finanzen deshalb nicht zerrüttet worden – im Gegenteil. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihren Finanzbedarf durch Steuern oder auf dem Kapitalmarkt zu decken oder allenfalls Transferzahlungen des Bundes zu erlangen. Aber vor der Schaffung des einheitlichen Währungsgebietes wurde ihnen kein verbrieftes Recht auf Bundessubventionen zugestanden. Liechtenstein befindet sich im währungspolitischen Verbund mit der Schweiz und kann sich ohne eidgenössische Subventionen sehr wohl behaupten. Der Verzicht auf gewisse kantonale Hoheitsrechte hat nicht zum Chaos geführt. Die Freiheit hat sich als stärkeres Disziplinierungsmittel erwiesen, als es z.B. eine Oberaufsicht des Bundes über das Finanzgebaren der Kantone je hätte sein können. Trotzdem muss man sich eingestehen, dass wir uns nicht mehr in der Zeit des Manchesterliberalismus befinden. Auf einigen Gebieten braucht es Rahmenordnungen, um zu verhindern, dass